K2-164

Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018 in Hirschaid

Initiator*innen: KV Ansbach (dort beschlossen am: 12.04.2018)

Titel: **K2-164: Bayern - Land der Chancen für alle**

Von Zeile 163 bis 172:

Bayern ist als Hochschul- und Forschungsstandort beliebt. Doch unter der bisherigen Regierung stehen Hochschul- und Forschungspolitik ~~im Freistaat~~ schlechter da, als sie es könnten. Deshalb setzt sich ~~grüne~~**grüne Wissenschaftspolitik für mehr Demokratie an den Hochschulen ein, ~~fördert nachhaltige Wissenschaft,~~ sichert die Freiheit der Wissenschaft und fordert zugleich gesellschaftliche ~~Verantwortung~~**Verantwortung ein. Im Vordergrund stehen für uns die sozial gerechte und demokratische Ausgestaltung von Studium und ~~Wissenschaftsbetrieb;~~Wissenschaftsbetrieb sowie der Ausbau der infrastrukturellen Voraussetzungen für Wissenschaft im ~~Freistaat; eine konsequente Umsetzung der Bologna-Reform sowie die verstärkte **Internationalisierung** der Hochschulen~~Freistaat.
Zur Verbesserung der Vorbereitung zukünftiger Studierender, und damit zur Verringerung der hohen Abbrecher- und Wechslerquoten im Studium, müssen die Studierfähigkeit und das Orientierungsangebot im Vorfeld des Hochschulzugangs dringend verbessert werden.
Die Tatsache, dass der Bologna-Prozess gescheitert ist, sollte endlich anerkannt werden; auf dieser Grundlage müssen neue Reformideen entwickelt werden, die sowohl die Realitäten im europäischen Hochschulraum akzeptieren als auch dem deutschen dualen Berufsausbildungssystem Rechnung tragen.

Begründung

Nachhaltige Wissenschaft – Was ist bitte hier mit dieser Worthülse gemeint? Wenn der Bereich der Sustainability Science angesprochen wird, der im Jahr 2001 offiziell auf dem Kongress „Challenges of a Changing Earth“ in Amsterdam eingeführt wurde, dann ist hier der Zusammenhang irreführend. Der deutsche Ausdruck der Nachhaltigkeitswissenschaft ist eine Übersetzung des englischen Begriffs und dieser ist primär praktisch ausgerichtet. Ziel ist die Lösung existenzieller Probleme der Weltgesellschaft und des Lebenssystems Erde. Es geht um das Management von Nachhaltigkeit und nachhaltiger Entwicklung. Als Studienangebot durchaus sinnvoll, fragt sich der Wissenschaftler, gerade aus den Geisteswissenschaften, ob man eine Hochschulausbildung in ihrer Breite wirklich so ausrichten will und damit tief in den Bereich der wissenschaftlichen Freiheit eingreift. Der Begriff der gesellschaftlichen Verantwortung spiegelt hier unser Anliegen in der Hochschulpolitik sicher besser wider.

Demokratie an den Hochschulen – Gemäß dem Studierendensurvey 2016 liegt der Anteil der Studierenden, die den Lebensbereich von Politik und öffentlichem Leben für wichtig erachten, bei 29 Prozent. Mangelnde Beteiligung, jedoch nicht mangelndes Angebot zur Teilnahme prägen heute die politische Kultur der Studierenden an den Hochschulen. Hier wird ein gesellschaftliches Phänomen aus den Familien und der Schule in die Universitäten gespült, das faktisch an der Hochschule nicht mehr abgefangen werden kann! Beispiel: An der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg lag die Wahlbeteiligung der Studierenden an den Hochschulwahlen 2017 gesamt bei 10,2 Prozent. Spitzenreiter war die hochgradig hierarchisch strukturierte Medizinische Fakultät mit 23,19 Prozent, Schlusslicht die Philosophische Fakultät, an der alle gesellschaftswissenschaftlichen Studiengänge angesiedelt sind, mit 5,64 Prozent. Floskeln werden diese Tendenz nicht aufhalten, die Konsequenz muss die Forderung nach mehr politischer Bildung an den Schulen sein! Die Ausdünnung des Sozialkunde- und Geschichtsunterrichts muss bemängelt werden.

Verringerung der hohen Abbrecher- und Wechslerquoten - Die Studienanfänger sind in den letzten Jahren immer jünger geworden. Wir haben inzwischen Sechzehn- und Siebzehnjährige in den Veranstaltungen sitzen. Selbst wer das Studium mit 18 beginnt, kann mit 21 Jahren seinen BA (6 Semester) und mit 23 Jahren seinen Master (4 Semester) erhalten. Vor 30 Jahren waren die Absolventen beim Abschluss Ende zwanzig, Anfang dreißig. Und jetzt wundern sich plötzlich diejenigen, die immer forderten, die Absolventen müssten viel jünger werden, darüber, dass heute auch „Kinder“ an die Uni kommen, denen es oft an

Orientierung fehlt und die in Teilen weder emotional noch akademisch studierfähig sind. Das Problem wird zudem dadurch verschärft, dass das Hochschulsystem auf solches Klientel nicht vorbereitet ist. Universität ist ein Ort der „Erwachsenenbildung“ und sollte dies auch bleiben! Resultat ist, dass über alle Hochschularten und Fächer hinweg 29 Prozent der Studienanfänger im Bachelorstudium scheitern. Wichtig: Damit sind tatsächlich die Abbrecher gemeint, Fachwechsler sind nicht Teil der Statistik. Die Zahlen wurden vom Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) erhoben. Der Anstieg psychischer Probleme von Studierenden dürfte zudem kausal mit dieser Situation zusammenhängen.
Bologna-Reform - Wer heute noch die konsequente Umsetzung der Bologna-Reform fordert, an dem sind die Fehlentwicklungen, die dieser Prozess an den Hochschulen ausgelöst hat, offensichtlich völlig vorbeigegangen. Der Versuch, den Bologna-Prozess heute immer noch als Erfolg zu verkaufen, ist Ausdruck eklatanter Realitätsferne oder aber „Fahrerflucht“ politisch Verantwortlicher! Die Reform von 1999 verfolgt zwei Ziele: den gemeinsamen europäischen Hochschulraum und den früheren Berufseinstieg. Keines dieser Versprechen wurde erfüllt. Im Gegenteil, Bologna hat zu einer Hyperbürokratisierung der universitären Strukturen beigetragen, Bulimielernen gefördert, die Zahl der Studienabbrecher erhöht, zur Entpolitisierung der Hochschulen beigetragen und sie behindert studentische Mobilität sowohl im Inland wie auch beim Zugang an internationale Hochschulen!